

Justizschlappe für Bundesregierung: Nochmals Milliarden Euro für Spahns Masken

21 Juni 2024 19:50 Uhr



Die chaotische und überstürzte Beschaffungspraxis des Bundesministeriums für Gesundheit unter dem damaligen Minister Jens Spahn (CDU) in der sogenannten "Corona-Krise" hat für den Steuerzahler nochmals ein teures Nachspiel. Das OLG Köln hat in dieser Woche zugunsten zweier Lieferanten entschieden.



Quelle: Gettyimages.ru © Kay Nietfeld/dpa

03. Dezember 2021, Berlin: Jens Spahn (CDU), damals geschäftsführender Bundesminister für Gesundheit, nimmt zu Beginn der Pressekonferenz zur Entwicklung der Corona-Pandemie in der Bundespressekonferenz seine FFP2-Maske ab.

Ein Urteil, das massive finanzielle Folgen für den Bund haben könnte: Das Oberlandesgericht (OLG) Köln hat im Rechtsstreit um die Bezahlung von Corona-Schutzmasken entschieden und dabei zulasten des Bundesgesundheitsministeriums geurteilt. Darüber berichten am Freitag unter anderem die *Tagesschau* und andere deutsche Mainstreammedien. Eine offizielle Pressemitteilung des Gerichts liegt zur Stunde noch nicht vor.

Die Richter befanden den Presseberichten zufolge eine vertragliche Klausel, wonach Masken, die nach dem 30. April 2020 angeliefert wurden, nicht bezahlt werden müssen, für unwirksam. Sie benachteiligte die Lieferanten einseitig und weiche ohne sachlichen Grund vom gesetzlichen Grundsatz ab, so die Begründung. Das Ministerium hätte den Lieferanten, wenn sie nicht fristgerecht geliefert haben oder die Qualität der Masken unzureichend war, vielmehr eine Nachfrist setzen müssen, bevor es vom Vertrag hätte zurücktreten können.



Corona-Aufarbeitung: Ex-Gesundheitsminister Spahn warnt vor "Querdenkergerichtshof"

Rückblende: Ende März 2020 hatte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) ein sogenanntes Open-House-Verfahren gestartet und allen Unternehmern garantiert, für jede FFP2-Maske 4,50 Euro zu bezahlen. Der Vertrag kommt bei dieser Art von Ausschreibung allein dadurch zustande, dass Lieferwillige – das kann jedermann sein – die Lieferung schriftlich ankündigen. Das Ministerium hatte bei diesem Verfahren keine Kontrolle über die eingehenden Angebote und bezogenen Mengen mehr.

Es gingen so viele Angebote ein, dass die Angebotsfrist verkürzt wurde. Zu diesem Zeitpunkt hatten mehr als 700 Lieferanten angekündigt, Masken an den Bund zu liefern, und damit einen wirksamen Vertrag. Die Bedingung des Bundes bei der Ausschreibung war, dass die Masken bis zum 30. April 2020 angeliefert werden – kämen sie nur einen Tag später, sollte das ganze Geschäft ungültig sein und die Lieferungen müssten nicht bezahlt werden. Letztere Klausel hat das OLG Köln nunmehr für ungültig erklärt.

In den vom OLG Köln entschiedenen beiden Fällen hat Spahns Ministerium, wie in zahlreichen anderen Fällen, den Rücktritt von dem Vertrag erklärt, ohne den säumigen Kontrahenten eine Nachfrist zu setzen. Die Rechnungen für Corona-Masken wurden in diesen Fällen nicht bezahlt. Vor dem Kölner Gericht haben die Kläger nun Recht bekommen. Der Bund muss ihre Rechnungen nun inklusive Verzugszinsen und Prozesskosten bezahlen. Nach Informationen von *NDR*, *WDR* und *Süddeutscher Zeitung* geht es wohl um mindestens 2,3 Milliarden Euro.

Ob die Oberlandesgerichte anderer Bundesländer, bei denen ebenfalls Prozesse von Maskenlieferanten gegen den Bund laufen, der Rechtsprechung des OLG Köln folgen werden, ist noch offen. Wenn sie davon abweichen wollen, muss der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe das letzte Wort sprechen. Aus den Presseberichten geht auch nicht hervor, ob dem Bundesgesundheitsministerium noch das Rechtsmittel der Revision beim BGH eingeräumt wurde. Das OLG hat eine Revision offenbar nicht zugelassen, hiergegen könnte das Ministerium theoretisch noch mit der Nichtzulassungsbeschwerde vorgehen.

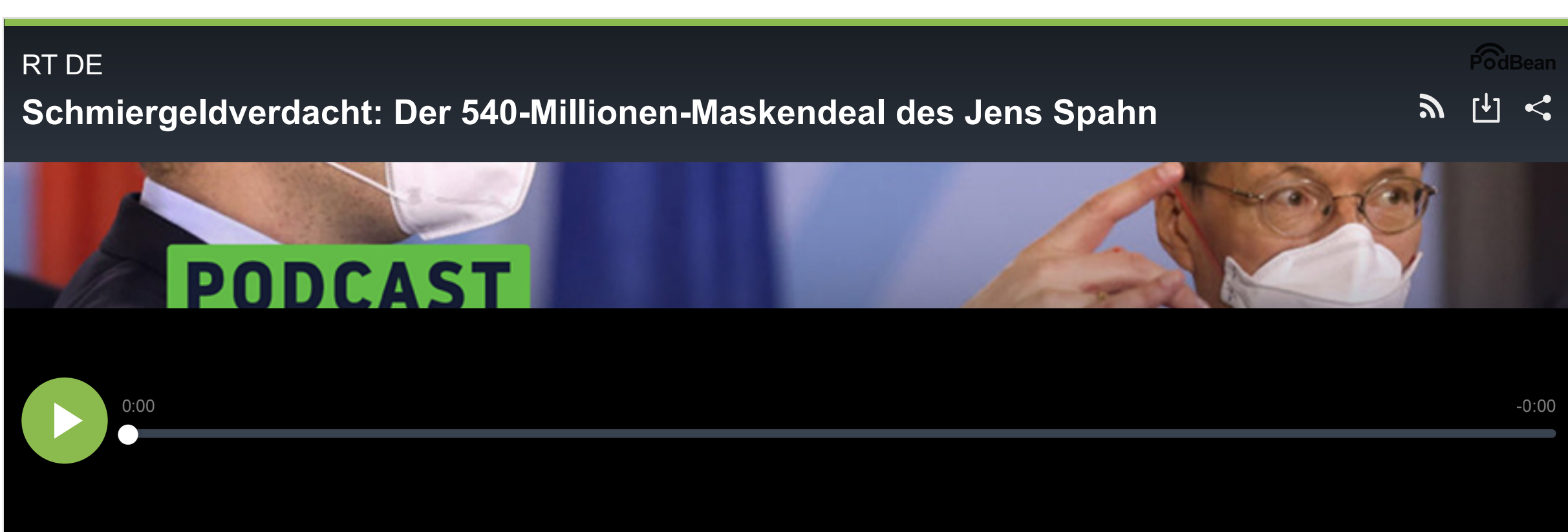


Überflüssige Corona-Masken: Entsorgung wird rund 7 Millionen Euro kosten

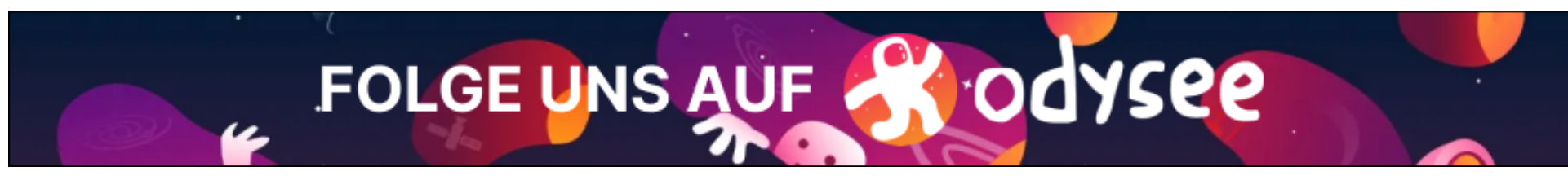
Wie *RT DE* Ende Mai [berichtete](#), hat der Bundesrechnungshof in einer aktuellen [Auswertung](#) zu der ausufernden Schutzmasken-Bestellpraxis des im Jahr 2020 verantwortlichen Bundesgesundheitsministers Jens Spahn (CDU) das angewandte Vergabeverfahren scharf kritisiert. Die Prüfer resümierten, dass das BMG zu Beginn der "Corona-Pandemie 5,7 Milliarden Schutzmasken im Wert von 5,9 Milliarden Euro beschaffte, obwohl der Bedarf viel geringer war". Geschätzt wird der tatsächliche Bedarf auf 275 Millionen Corona-Masken.

Im Jahr 2023 wurde bekannt, dass das BMG 1,2 Milliarden dieser Masken vernichten musste, da ihr Haltbarkeitsdatum abgelaufen war. Weitere 1,7 Milliarden Masken sind aktuell zur Vernichtung vorgesehen. Der Bundesrechnungshof monierte in seiner Auswertung: "Für die verbleibenden Bestände von knapp 800 Millionen Schutzmasken hat das BMG bis heute kein Verwendungs- und Verteilungskonzept."

Mehr zum Thema - [Corona-Masken: Steuerzahlern drohen Kosten für 100 laufende Klagen gegen den Bund](#)



Durch die Sperrung von RT zielt die EU darauf ab, eine kritische, nicht prowestliche Informationsquelle zum Schweigen zu bringen. Und dies nicht nur hinsichtlich des Ukraine-Kriegs. Der Zugang zu unserer Website wurde erschwert, mehrere Soziale Medien haben unsere Accounts blockiert. Es liegt nun an uns allen, ob in Deutschland und der EU auch weiterhin ein Journalismus jenseits der Mainstream-Narrative betrieben werden kann. Wenn Euch unsere Artikel gefallen, teilt sie gern überall, wo Ihr aktiv seid. Das ist möglich, denn die EU hat weder unsere Arbeit noch das Lesen und Teilen unserer Artikel verboten. Anmerkung: Allerdings hat Österreich mit der Änderung des "Audiovisuellen Mediendienste-Gesetzes" am 13. April diesbezüglich eine Änderung eingeführt, die möglicherweise auch Privatpersonen betrifft. Deswegen bitten wir Euch bis zur Klärung des Sachverhalts, in Österreich unsere Beiträge vorerst nicht in den Sozialen Medien zu teilen.



- Bundesgesundheitsministerium, Corona-Aufarbeitung, Corona-Krise, Deutschland, Jens Spahn, Justiz, Köln, Masken, Maskenaffäre, News / Nachrichten, Nordrhein-Westfalen, Nordrhein-Westfalen

Comment form with text area and 'Einloggen' button.

Sortieren nach Kürzlich aktualisierte

Newsletter abonnieren

Schnell und zuverlässig zu den Nachrichten von RT DE:

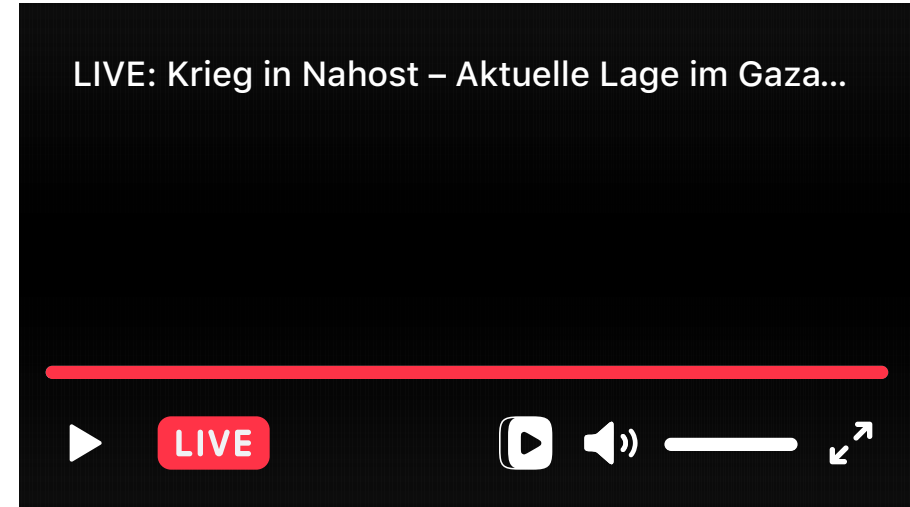
E-mail input field with a send button.

Ich akzeptiere die Datenschutzerklärung

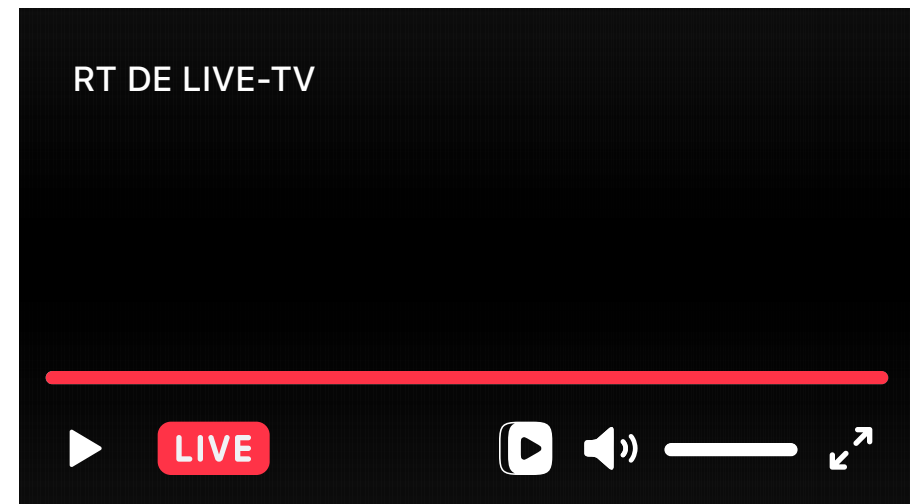
Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, täglich per E-Mail RT-News-Highlights zu erhalten.



Moskau: Gedenken an Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion



LIVE: Krieg in Nahost - Aktuelle Lage im Gazastreifen



TV LIVE



Muss den Ostdeutschen die Ukraine-Politik besser erklärt werden?

Finanzminister Christian Lindner hat dazu aufgerufen, den Ostdeutschen die Ukraine-Politik der Bundesregierung besser zu erklären. Wie finden Sie das?

Ja, da zeigt sich der intellektuelle Horizont dieser Leute und deren Demokratiedefizit. Der Ukraine-Krieg darf nicht abgewählt werden.

Gute Idee! Bitte gleich auch noch Migration, Klimaschutz, Familienpolitik erklären, ich verstehe das alles nicht!

Wenn diese Regierung nicht bereit ist, ihren Kurs in Frage zu stellen, verliert sie jede Unterstützung. Da hilft keine Propaganda.

Ja, bei den Ostdeutschen ist diese besondere Ansprache leider notwendig. Die haben so eine autoritäre Prägung.

Abstimmen

Top-Artikel

Livetecker Ukraine-Krieg: Depots mit Flugzeugteilen im Gebiet Lwow angegriffen

Aktualisiert vor weniger als 1 Stunde

Bericht: Interne Akten zeigen, wie Scholz "Nord Stream 2" retten wollte

Aktualisiert vor 23 Stunden

"Der europäische Zug fährt in Richtung Krieg" - Orbán kündigt NATO-Militärmission in der Ukraine an

Aktualisiert vor 15 Stunden

Meinung: Habeck in China: Kein Vertreter deutscher Interessen

Aktualisiert vor 13 Stunden

Schweizer Zensur und Propaganda: Der Bundesrat bestimmt, was Du lesen darfst

Aktualisiert vor 21 Stunden

Newsletter abonnieren

Sie erhalten eine E-Mail, in der Sie Ihre Anmeldung bestätigen müssen.

E-mail input field with a send button.

Ich akzeptiere die Datenschutzerklärung

Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, täglich per E-Mail RT-News-Highlights zu erhalten.



- Aktuell, Analyse, Meinung, INOTB, RTD, RUPTLY, Russia Beyond

- Russland danach, Ausgewandert nach Russland, Russland extrem, RT Doku

- Impressum, Datenschutzerklärung, Nutzungsbedingungen, Über uns, Nutzungsbedingungen für die Kommentarfunktion, In eigener Sache

Suche input field with a search button.

